

Demonstrationsaufruf für Montag, 1.8. um 15 Uhr:

Nur spießig? Nein, Grüne Zyniker der Macht verachten sogar die Menschenrechte!

Um Renate Künast zu der Herrschaftsposition einer regierenden Bürgermeisterin zu verhelfen, haben die Berliner Grünen schon im März angekündigt, sich auch um „*spießige Themen wie saubere Straßen zu kümmern.*“¹ Hatte sich noch vor 10 Jahren Klaus Wowereit mit einem anti-spießigen „ich bin schwul - und das ist auch gut so“ Sympathien verschafft, wollen sich nun die Grünen mit dem Gegenteil bewerben, spießig sein, die Straßen säubern. Das geht immer am besten, indem menschenrechtliche Minimal-Standards missachtet werden, um so alten Hass bzw. dumpfe Angst konserviert im Ressentiment zu bedienen. Und was eignete sich für so eine Strategie besser, als der systematischen Misshandlung von angeblich „Geisteskranken“ die politische Stange zu halten? Dafür ist nun der traurige Beweis² erbracht: in ihr Wahlprogramm für die Abgeordnetenhauswahl hatten die Grünen auf Seite 22 geschrieben: *Das Berliner Gesetz für psychisch Kranke werden wir im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention überarbeiten.*

Ob damit das gemeint ist, was das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte darunter versteht, nämlich die Abschaffung sämtlicher Zwangsmaßnahmen, die durch das Berliner PsychKG möglich gemacht werden, hatten wir - mit Zitaten belegt - die Grünen am 23.3. gefragt. Am 31.5. antworteten deren Landesvorsitzenden: „*selbst KritikerInnen halten in Fällen von Selbst- und Fremdgefährdung die Möglichkeit der Zwangsunterbringung für unverzichtbar.*“

Deutlicher können die Grünen der UN-Behindertenrechtskonvention keine Absage erteilen, in der in Art. 14, 1b) unmissverständlich steht: *Das Vorliegen einer Behinderung rechtfertigt in KEINEM Fall eine Freiheitsentziehung.* Also dient die Formulierung im Wahlprogramm nur der Täuschung der WählerInnen und Wähler. Um nicht ganz so demonstrativ als WahlbetrügerInnen da zu stehen, behaupteten die Grünen dann weiter in ihrem Schreiben vom 31.5.: „*Massive Eingriffe in die Persönlichkeitsrechte wie Fixierung, Zwangsmedikation und Disziplinierungsformen lehnen wir ab.*“ Nach dem ersten Wählerbetrug vorsichtig geworden, baten wir am 22.6. um eine schriftliche Zusage, dass die Grünen „*die körperliche Unversehrtheit von angeblich oder tatsächlich „psychisch Kranken“ gesetzlich unangetastet lassen werden und dogmatisch jeden Versuch eines Koalitionspartners in Koalitionsgesprächen oder in der folgenden Legislaturperiode abwehren werden, deren Verletzung in einer PsychKG-Novellierung zu relegalisieren.*“

Am 14. Juli antwortet deren Landesvorstand: „*Selbstverständlich bedarf es aus unsere Sicht einer kritischen Diskussion, inwieweit es in der psychiatrischen Praxis zu einer übermäßigen Medikalisierung psychischer Erkrankungen kommt.*“...

Aus einer angeblichen **Ablehnung** von Zwangsbehandlung war also bei den Grünen auf einmal eine „**Diskussion**“ **übermäßigen** Zwangsbehandelns geworden, obwohl wir mit Dokumenten bewiesen hatten, dass sogar das Bundesverfassungsgericht am 23.3.2011 Zwangsbehandlung für unvereinbar mit dem Grundgesetz abgeurteilt hatte. Also nicht nur spießig wollen die Grünen sein, nein: Menschenrechtsverachtung, das ist die neue Masche der Grünen!

Gegen diese Grünen Spießier demonstrieren wir für die Verwirklichung der Menschenrechte vor der sog. „Grünen Botschaft“, der Landesgeschäftsstelle in der Kommandantenstr. 80, am 1.8. um 15 Uhr

Dies ist ein Aufruf der **Bundesarbeitsgemeinschaft Psychiatrie-Erfahrener**: die-bpe.de, **IAAPA Polska**: anty-psychiatria.info, **Irren-Offensive**: antipsychiatrie.de, **Landesverband Psychiatrie-Erfahrener Berlin-Brandenburg**: psychiatrie-erfahren.de, **Werner-Fuß-Zentrum**: psychiatrie-erfahrene.de

¹ Tagesspiegel, Berlinteil vom 6.3.2011: <http://www.tagesspiegel.de/berlin/neue-kuemmern-sich-um-spiessige-themen/3921354.html>

² Die 4 Briefe der Korrespondenz sind hier im Internet veröffentlicht: www.die-bpe.de/korrespondenz.htm